

Die wirtschaftliche Zukunft Deutsch-Österreichs.

Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen über Elektrizitätswirtschaft und Kohlenförderung.

In der gestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Sanusich fortgesetzten Konferenz der Interessenten der Metallindustrie, der auch der Volksbeauftragte der ungarischen Räterepublik Wilhelm Böhm beizuhöhen, nahm Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen das Wort. Er sagte, die Arbeiterschaft kenne genau die Gefahr, die in einer dauernden Arbeitslosenunterstützung liege. Sie wolle Verdienst und keine Almosen. Aber auch die Unternehmer müssen die elektrische Hochspannung unserer Zeit in Betracht ziehen und einsehen, daß der Arbeiter nicht nur in der Politik und in der Verwaltung, sondern auch im Betriebe als ein gleichberechtigter Bürger anerkannt werden muß. (Beifall.)

Das Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamt (W. E. W. A.), habe die Aufgabe, die Urquelle unserer Arbeit, die Kohle, durch die Erschließung neuer Kraftquellen zum größten Teil wenigstens zu ersetzen. In dieser Richtung steht leider der Länderseparatismus unsern Bestrebungen vorläufig hindernd im Wege.

Die Industriellen mögen ihrerseits mit-helfen, diesen Länderseparatismus zu besiegen. Leider muß ich gestehen — Sie werden schon wissen, was ich meine —, daß vielfach aus Ihren Kreisen eine geradezu unbegreifliche, fanatische Förderung dieser Verfechtung des Staatsganges zu bemerken ist. Den Bemühungen des Wasser- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes ist es vorläufig gelungen, mit Vorarlberg eine gegenseitige Unterstützung beim Ausbau der Wasserkraft zu vereinbaren. Ich hoffe, daß es mit den andern Ländern auch gelingen werde. Aber es wird nur gelingen, wenn diese von einem gewissen Geist der Anarchie eingegebenen Tendenzen der Auseinandertragung der zusammenfassenden Kräfte überwunden werden.

Die Elektrifizierung der Staatsbahnen.

Das Kabinett hat außerdem die Elektrifizierung der Staatsbahnen beschlossen, um sie vom Auslande, insbesondere von der Tschecho-Slowakei, unabhängig zu machen. Wir wünschen, diese Ketten abzustreifen. Es ist daher beschlossen worden, zunächst die Arlbergstrecke als die für die Elektrifizierung reifste auszubauen und in das nächstjährige Budget den Betrag von fünfzig Millionen Kronen dafür einzusetzen. Da dieses Werk mehrere Jahre erfordert wird, so hat der Kabinettsrat beschlossen, vorläufig 25 Millionen Kronen als Notstandskredit für die Durchführung der vorbereitenden Arbeiten auszuwerfen. Auch diese Arbeit setzt aber den Besitz von Kohle voraus. Es war daher das Bestreben des Staatsamtes, die unerläßliche Kohlenmenge herbeizuschaffen. Es ist insbesondere das Verdienst des Herrn Staatssekretärs Berdiz, daß die uns aus dem Auslande zur Verfügung gestellte Kohlenmenge vermehrt wurde.

Ferner mußte das Augenmerk auf die Kohlenförderung im eigenen Lande gerichtet werden. Das Staatsamt hat sich bemüht, eine Ausgestaltung der bestehenden Kohlenförderungsanlagen herbeizuführen, und in einer Reihe von Unternehmungen ist es tatsächlich gelungen, die Tagesleistungen schon jetzt zu erhöhen. Es ist zu erwarten, daß in zirka zwei Jahren die bisherige Tagesleistung von etwa 300 Tonnen täglich auf 1500 Tonnen erhöht werden wird. Das Staatsamt lenkt sein Augenmerk darauf, noch nicht erschlossene Kohlenflöze neu zu erschließen. Die diesbezüglichen geologischen Arbeiten sind bereits im Gange.

Förderung der Bautätigkeit.

Zunächst wurden 7000 Tonnen ausländische und 3000 Tonnen inländische Kohle dem Baugewerbe zugewiesen. Diese Mengen reichen hin, um 18.000 Bahnwagen Zement und 76 Millionen Ziegel, also für eine ganze Saison, herzustellen. Ein Teil dieser Kohle wird für staatliche Notstandsarbeiten in Anspruch genommen, es bleibt aber noch immer eine große Menge für die Privatindustrie übrig. Das Staatsamt nimmt auch in Aussicht, die Rohauer Kaserne zu demonstrieren, wodurch 20 Millionen Ziegel und ein großer Baugrund für Hochbauten gewonnen werde. Es ist geplant, in Wien 16 Häuserblocks für Arbeiterwohnungen und 20 Hochbauten zu errichten, abgesehen von der Biesing- und Schwarzenberggasse. Durch diese Bautätigkeit werden 12.000 arbeitslose Bauarbeiter Beschäftigung finden, ebenso viele Arbeiter des Metallgewerbes und der Holzverarbeitenden Gewerbe. Aber auch hier muß gesagt werden, daß der Länderseparatismus den Bestrebungen der Regierung im Wege steht.

Durch eine große Kreditoperation sollen auch jene Industrien gefördert werden, die durch noch unbezahlte Forderungen an das liquidierende Kriegsministerium notleidend geworden sind. Ebenso hat sich das Staatsamt für Finanzen bereit erklärt, die in den Magazinen vieler Betriebe vorfindlichen Produkte aufzukaufen. Durch alle diese Vorkehrungen werden die Betriebe in den Stand gesetzt werden, neu zu produzieren.

Die Wiederherstellung des Verkehrs mit dem Auslande.

Alle diese Maßnahmen verschwinden jedoch vor der Notwendigkeit, den normalen Verkehr mit dem Auslande wieder herzustellen. (Zustimmung.) Außer der Kohle benötigen wir auch dringend Rohstoffe. Wenn der Staat nicht imstande ist, durch staatliche Kreditoperationen die nötigen Devisen zu beschaffen, dann kann man es ruhig dem einzelnen überlassen, sich diesen Kredit zu besorgen. Diese Förderung der Bilgel kann allerdings nicht plötzlich

und schrankenlos vor sich gehen. Auf drei Dinge muß besonders Rücksicht genommen werden: auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bekleidung, ferner darauf, daß wir Materialien für Reparationen brauchen, und schließlich darauf, daß nur die notwendigsten Artikel importiert werden und Luxusartikel nur insoweit, als sie zur Veredlung und zum Reexport bestimmt sind. In dieser Hinsicht ist eine Reihe von Erleichterungen in Aussicht genommen, vor allem eine Einschränkung der sogenannten generellen Verbotsliste für Importe; ferner die Beseitigung aller Schikanen und Hemmnisse, wie Transport-scheine, Einkaufsbewilligungen usw.

Es soll eine einheitliche Kommission unter Beteiligung der Interessenten gebildet werden, die den verschleppenden Instanzenzug ausschalten soll. Ebenso soll eine gewisse Einschränkung der Anbotspflicht erfolgen. In Bezug auf die Devisen soll eine gewisse Erleichterung geschaffen werden. Die Regierung ist sogar bereit, für Geschäfte, die auf Veredlung beruhen, unter gewissen Kautelen Devisen vorzuschließen. Kurz, das Staatsamt ist entschlossen, in einer ganzen Reihe von Belangen der normalen Wirtschaft die Wege zu ebnen. Zum Schluß gibt der Unterstaatssekretär der Hoffnung Ausdruck, daß wir vor der Anarchie und vor den Schrecken der Massenpsychose, die wir ringsum uns sehen, bewahrt bleiben, und an die welt-erlösende und weltbefreiende Arbeit gehen werden. (Beifall.)

Staatskanzler Dr. Renner teilt die Ergebnisse der Anschaffungskommission und Lohnkommission mit und bittet zum Schluß, diesen Vorschlag der Kommissionen anzunehmen und dann unverzüglich in die Tarifverhandlungen einzutreten. Er hofft, daß es, wenn die Uebergangszeit bis zur neuen Ernte und bis zum Wirksamwerden des Friedens überwunden ist, gelingen werde, durch einmütiges Zusammenwirken aller staatlichen Faktoren dahin zu bringen, das niedergebeugte Land wieder emporzuwirtschaften und die Industrie als das wichtigste Glied unserer Volkswirtschaft neu zu beleben.

Staatssekretär Schumpeter über die industrielle Lage.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter hält es für seine Aufgabe, die Rückwirkung der Verhandlungen auf die Staatsfinanzen darzulegen. Der Fehlbetrag im Staatshaushalt sei so groß, daß es unmöglich sei, die Staatslasten zu erhöhen oder auf Einnahmen zu verzichten. Arbeits-gelegenheit zu schaffen, sei die erste und oberste Sorge aller staatlichen Faktoren und auch der Finanzpolitik. Wenn man von verschiedenen Seiten höre, daß bei den Arbeitern keine Arbeitswilligkeit vorhanden sei, sei das einfach nicht wahr, denn man müsse bedenken, daß so gut wie alle Voraussetzungen für die Arbeit fehlen. Die erste Voraussetzung, Arbeit zu ermöglichen, sei die Beschaffung von Lebensmitteln. Nicht nur aus Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen stehe die Industrie still, sondern insbesondere auch deshalb, weil sie finanziell nicht weiter könne.

Das komme vor allem daher, daß der alte Staat nicht nur mit Papiergeld gewirtschaftet habe, sondern auch seine vielen Verpflichtungen nicht einmal in Papiergeld bezahlt habe. Daher seien viele Betriebe, die ihre Forderungen nicht erhalten haben, in eine Situation geraten, die es ihnen unmöglich mache, auch nur die Löhne für die nächsten Wochen zu bezahlen. Bemühungen, von den Banken Kredit zu erhalten, seien erfolglos, weil diese nicht über so viel flüssige Mittel verfügten. Der Staatssekretär könne selbstverständlich nicht die Verpflichtungen, die die ganze alte Monarchie betreffen, aus deutschösterreichischen Mitteln zahlen. Da nun der Staatssekretär sich bewußt sei, daß man die Industrie nicht stilllegen und damit ein Meer von Elend und Arbeitslosigkeit erzeugen könne, habe er eine Hilfsaktion eingeleitet, durch welche diese Forderungen soweit bevorschusst werden, als notwendig ist, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Der Erfolg dieser Aktion sei davon abhängig, daß man ungefähr in dem bisherigen Ausmaße weiterarbeiten könne. Wenn aber allzuweit gehende Lohnforderungen gestellt werden, sei man in einer Woche, nachdem diese Vorschüsse aufgebracht sind, wieder in derselben Lage, und die Industrie müßte wieder zusperren. Der Staatssekretär richtet an die Arbeiter den Appell, sich mit den Unternehmern zu einigen und dieses fürchterliche Unglück, das den Staat rettungslos ins Elend stoßen würde, zu verhindern. Der Staatssekretär erinnert daran, was alle während des Krieges geleistet und erduldet haben, und bittet, jetzt, wo der erste Hoffnungsstrahl wieder leuchtet, wo man hoffen könne, in einigen Wochen

wieder den Frieden zu haben, noch einige Zeit auszuhalten.

Wenn jetzt der Industrie die Mittel weggenommen werden, die notwendig sind, sie in Gang zu erhalten, wenn die Lohnforderungen so hoch werden, daß sie einfach nicht bewilligt werden können, so würde das das größte Elend für alle bedeuten. Dann würden auch die Voraussetzungen zerstört werden, die für die Sozialisierung und für die Besserung der Lage der Arbeiterschaft notwendig sind. Verstören Sie diese Voraussetzungen nicht, schließt der Staatssekretär, und geben Sie soweit nach, als es geht. Alle gesetzgeberischen Aktionen, die wir planen, Sozialisierung, Vermögensabgabe, müssen mißlingen, wenn wir so weitergehen. Wir können unsern administrativen und politischen, unsern ökonomischen Aufbau nur durchführen, wenn wir jetzt noch zusammenhalten.

Ein Schlußwort des Staatskanzlers Dr. Renner.

Zum Schluß der Sitzung ergriff Staatskanzler Dr. Renner das Wort und sagte:

Es zeigt sich, daß die Ereignisse, die sich in den letzten Wochen und Monaten vollzogen haben, die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit sowohl bei der Unternehmerschaft als auch bei der Arbeiterschaft nicht ohne tiefen Eindruck geblieben sind. Wir alle haben in gewissem Grade umgelernt, nicht zu unserm Schaden. Wir haben bei der allgemeinen Entwicklung der Dinge gesehen, daß sich jetzt tatsächlich schon ein Beginn der Freiheit auf-tut, indem unsere Ein- und Ausfuhr von Tag zu Tag mehr erleichtert wird, die inneren Bedingungen der Produktion immer deutlicher zu überschauen sind. Wir wissen, daß, wenn wir nur noch die Kraft haben, einige Zeit — sagen wir, diese fünf Monate, für die der Vertrag abgeschlossen wurde, — auszuhalten, wir dann über dem Berg sind.

In diesen fünf Monaten sollen wir durchhalten für die Sicherung unserer Freiheiten, für eine neu geordnete, bessere Staats- und Volkswirtschaft. Und nun, haben wir gerade jetzt das Recht ungeduldig zu sein, sollen wir gerade jetzt in den letzten fünf Monaten zusammenbrechen, sollen wir gerade jetzt nicht noch das letzte Opfer bringen, das letzte Opfer an Geldmitteln und Ausdauer und, wenn es sein muß, an Entbehrungen, damit wir gerade über dieses Elend Weg noch hinwegkommen! Denn bei jedem Werk im Leben entscheidet immer der letzte Atemzug und die letzte Stunde. Es wäre überaus traurig und gefährlich für uns, wenn wir gerade diese letzte Stunde nicht mehr überstehen. Was der Zusammenbruch in letzter Stunde bedeutet, haben wir gerade in militärischen Dingen erfahren. Bereiten wir uns nicht selber die wirtschaftliche Niederlage und Auflösung, indem wir gerade in letzter Stunde die Fassung verlieren.

Obwohl ich die Schwierigkeiten sehr genau sehe und täglich verurteilt bin, mit diesen Schwierigkeiten zu ringen, bin ich im großen und ganzen guten Mutes. Durch 50 Jahre im Besitze der allgemeinen Volksschule, durch Jahrzehnte im Besitze einer selbstgeschaffenen Organisation, arm zwar von Natur aus, aber reich an Gaben und Talent, reich an Erinnerungen einer schönen, in tüchtiger Arbeit verlebten Zeit, haben wir kein Recht, an uns zu verzweifeln. (Beifall.) Wir haben die Pflicht, an uns zu glauben, nur müssen wir im letzten Moment noch ruhige Nerven bewahren. Darum bitte ich Sie: Haben Sie jetzt noch die Geduld, für uns selber, für das ganze Volk und für seine Freiheit fünf Monate noch durchzuhalten, um mehr wird es sich nicht handeln. Aus den Verhandlungen haben Sie entnommen, daß die Vertreter des Staates, die Fleisch von Ihrem Fleische und Blut von Ihrem Blute sind, während des ganzen Verlaufes unter ihnen als Gleiche unter Gleichen waren. Sie sehen ja, der Volksstaat ist für Sie und ist mit Ihnen. So bitte ich Sie denn, auch das gleiche zu tun. Lassen Sie den Staat nicht im Stiche in den Gefahren, die ihm drohen. Seien Sie für die Gesamtheit, so wie die Gesamtheit für Sie sein wird, und ich hoffe, wir kommen in allen diesen Fragen zu einem zwar nicht rosigem, aber im großen und ganzen guten Ende. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Der Staatskanzler schließt hierauf mit Dankesworten an die Versammelten die Sitzung.